SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Ost- und Westdeutschland 30 Jahre nach dem Mauerfall - eine gemeinsame demokratische politische Kultur oder immer noch eine Mauer in den Köpfen?

Pickel, Susanne; Pickel, Gert

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Pickel, S., & Pickel, G. (2020). Ost- und Westdeutschland 30 Jahre nach dem Mauerfall - eine gemeinsame demokratische politische Kultur oder immer noch eine Mauer in den Köpfen? *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, *30*(3), 483-491. https://doi.org/10.1007/s41358-020-00230-7

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Diese Version ist zitierbar unter / This version is citable under:
https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-72241-3

Z Politikwiss (2020) 30:483–491
https://doi.org/10.1007/s41358-020-00230-7

ZPol

FORUM

Ost- und Westdeutschland 30 Jahre nach dem Mauerfall – eine gemeinsame demokratische politische Kultur oder immer noch eine Mauer in den Köpfen?

Susanne Pickel · Gert Pickel

Online publiziert: 3. August 2020
© Der/die Autor(en) 2020

1 Defizitanzeigen der demokratischen politischen Kultur in Ostdeutschland?

Schlug man in den letzten Jahren eine Tageszeitung auf, dann konnte man schon den Eindruck gewinnen, im Osten Deutschlands herrsche eine ganz andere Vorstellung von Demokratie als im Westen. Teilweise stellten sich Zeitungsredakteure oder Leser:innen sogar die Frage, ob Ostdeutschland mittlerweile den Weg in die Demokratie wieder verlasse, wie es in einigen anderen osteuropäischen Transformationsstaaten derzeit zu beobachten ist. Öffentliche Diskussionen über „Sachsen als Hochburg des Rechtsextremismus“ (Backes und Kailitz 2020), die besonders großen Erfolge der rechtspopulistischen AfD in Ostdeutschland (Pickel 2019) sowie der Eindruck wachsender Unzufriedenheit der Ostdeutschen mit der deutschen Demokratie (z. B. Köpping 2018) bestärkten diesen Eindruck. Man könnte meinen, die in den 1990er Jahren debattierte „Mauer in den Köpfen“ der Bürger:innen in Deutschland hätte sich nun doch etabliert (Veen 1997; Pickel 2015; Pollack und Pickel 1998; Pickel et al. 1998). So wurden langlebige Differenzen in der politischen Kultur in Ost- und Westdeutschland ausgemacht. Offen blieb, wie tief sie gehen, ob sie zukünftig auflösbar sind und welche Relevanz sie für die deutsche Demokratie und ihre politische Kultur besitzen. Da die Differenzen und Problembeschreibungen weitgehend auf der Ebene der Einstellungen, Einschätzungen, Emotionen und Gefühle gegenüber Elementen des politischen Systems angesiedelt sind (weniger auf der Ebene der Funktionsfähigkeit politischer Institutionen), liegt es nahe, mit den Instrumenten der politischen Kulturforschung einen empirischen Blick auf die

S. Pickel (✉)
Institut für Politikwissenschaft (IfP), Universität Duisburg-Essen (Standort Duisburg), Lotharstraße 65, 47057 Duisburg, Deutschland
E-Mail: susanne.pickel@uni-due.de

demokratische politische Kultur in Deutschland zu werfen (Pickel und Pickel 2006, 2020; Almond und Verba 1963; Easton 1975; Lipset 1981).

2 Einstellungen zur Demokratie in Ost- und Westdeutschland

Dabei ist es nicht so, dass die Ostdeutschen mit der Wiedervereinigung hadern oder die Demokratie per se ablehnen. Die Wiedervereinigung genießt in Ostdeutschland eine hohe Wertschätzung und 86 % der Ostdeutschen denken auch 2019 noch, dass sie richtig war (91 % in Westdeutschland; Körber-Stiftung 2019). In einer Demokratie zu leben, wird in Ostdeutschland als nicht weniger wichtig denn in Westdeutschland angesehen. Allerdings sind in Ostdeutschland konsistent einige Personen mehr zu finden, die demokratiekritisch sind, selbst wenn die Differenz der positiven Einstellungen gegenüber der Demokratie als bester Regierungsform zwischen West- und Ostdeutschland seit 1990 von 16 auf 10 %-Punkte geschrumpft ist. Diese demokratiekritischen Einstellungen passen sich auch zu den leicht höheren Zustimmungswerten zu Demokratiealternativen, wie einer dominanten Partei des Volkes oder der Befürwortung einer Diktatur (Decker und Brähler 2018, S. 122–125). Allerdings sprechen wir hier von sehr geringen Gruppengrößen. Anders sieht es aus, wenn man nach der Zufriedenheit mit der aktuellen Demokratie fragt. Ähnlich wie beim Vertrauen in stärker in der Tagespolitik verwurzelte politische Institutionen, konstituiert sich hier eine deutliche und langlebige Differenz zwischen West- und Ostdeutschland. Lag die Demokratiezufriedenheit der Ostdeutschen in den 1990er-Jahren noch über 20 %-Punkte unter der Demokratiezufriedenheit der Westdeutschen, so beträgt die Differenz jetzt „nur“ noch ca. 15 %-Punkte. Verschwunden ist sie aber trotz eines Generationenwandels nicht (Abb. 1).

Ein Grund ist das Gefühl vieler Bürger:innen, von den Politiker:innen nicht wirklich vertreten zu werden. Dieses Gefühl ist in Ostdeutschland stärker verbreitet als in Westdeutschland. Ebenso kommen nur wenige ostdeutsche Bürger:innen auf die Idee, den Parteien zu vertrauen. Sicher, verschiedene Indikatoren der politischen Unterstützung haben seit 1990 in West- und Ostdeutschland einen Zuwachs erfahren und von einer grundsätzlichen Demokratieverdrossenheit oder einem Legitimitätsdefizit der deutschen Demokratie kann nicht gesprochen werden. Gleichzeitig existiert augenscheinlich eine konsolidierte Parteien- und Politiker:innenverdrossenheit, die gerade in Krisenzeiten Probleme mit sich bringt (Arzheimer 2002; Pickel 2002). Dies öffnet Fenster für Populist:innen, die Politiker:innen der bisherigen (Volks)Parteien als vom Volk entfernte Eliten markieren und sich selbst als die bessere Alternative ins Spiel bringen (Pickel und Pickel 2020).

3 Erklärungen: Situation, Sozialisation, Identität oder Anerkennungsdefizite?

Warum unterschieden sich die Einstellungen der Bürger:innen zur aktuellen deutschen Demokratie in den beiden deutschen Landesteilen 30 Jahre nach dem Mauerfall immer noch? Politiker:innen wie auch politische Kulturforscher:innen gingen

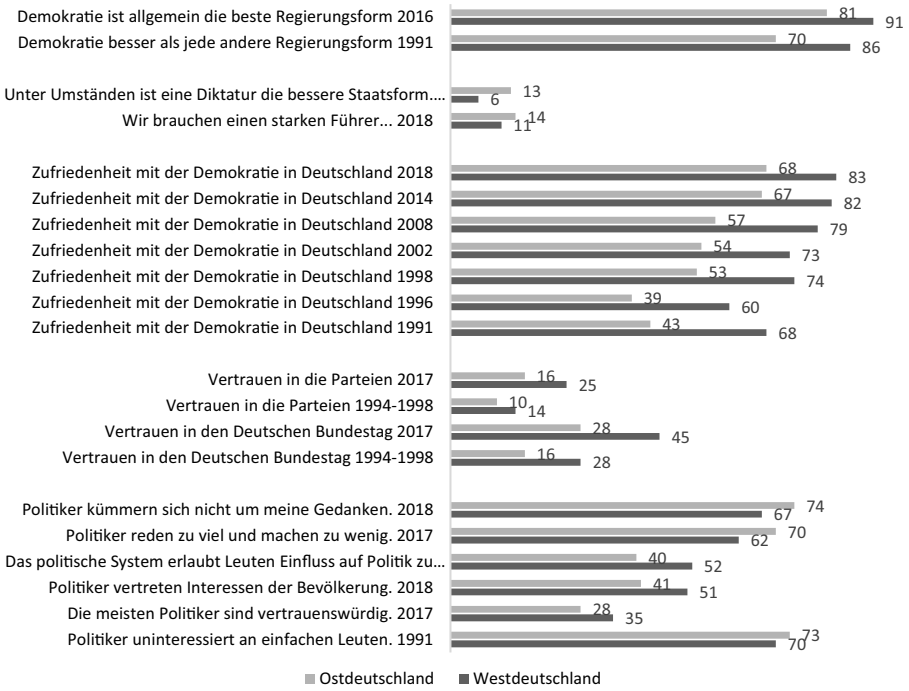

Abb. 1 Demokratische politische Kultur in Ost- und Westdeutschland 1990–2019. Quelle: Allbus (1991–2018); WVS (2020) Wellen 5–7; GLES (2020); ESS (2018); Brähler und Decker (2018): „Im nationalen Interesse ist unter Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform", „Wir brauchen einen starken Führer, der Deutschland zum Wohle aller mit harter Hand regiert."; Zustimmungsanteile in %

1990 noch davon aus, dass bestehende Unterschiede in den politischen Einstellungen über den Generationenwandel und durch die veränderte politische Sozialisation verschwinden würden (Sozialisationshypothese, Fuchs et al. 1997). Die Annahme war: Wer nicht mehr in Zeiten der DDR geboren wurde, der würde ein anderes soziales Umfeld und eine andere Erziehung erfahren – und dieses würde ihn stärker an die aktuelle Demokratie binden, weniger an die vergangene DDR. Dieser Annahme traten schon früh Kritiker:innen entgegen, die die (in Ostdeutschland nun oft ungünstigen) situativen Rahmenbedingungen als zentral für die politischen Einstellungen und somit die wirtschaftlichen und sozialstrukturellen Bedingungen als maßgeblich für die Unterschiede in den politischen Einstellungen zwischen West- und Ostdeutschland hervorhoben (Situationshypothese; Pollack 1997, 2000; Walz und Brunner 1998). Da Ostdeutschland in der Transformationsphase schlechtere Wirtschaftsbedingungen aufwies (und teils noch heute aufweist), ist eine Angleichung der politischen Einstellungen unter diesen Rahmenbedingungen kaum zu erwarten. Nicht nur die ökonomischen Lasten der DDR, sondern auch die Folgen der massiven sozioökonomischen Transformation werfen die Ostdeutschen zurück – und führen zu einer (berechtigten) Unzufriedenheit (Abb. 2).

Dabei ist es aber gar nicht einmal so sehr die sozioökonomische Lage der Individuen für die ostdeutsche Unzufriedenheit verantwortlich, vielmehr ist es das Gefühl

Situations-hypothese	Relative Deprivation	Identitäts-hypothese	Sozialisations-hypothese
Sozialstrukturelle und **situative Unterschiede** zwischen West- und Ostdeutschland bedingen Differenzen in politischer Kultur. Die ökonomischen Ungleichheiten sind der Grund für Unterschiede in Einstellungen.	Der Vergleich der Situationen in West- und Ostdeutschland erzeugt bei den Ostdeutschen ein Gefühl **relativer Benachteiligung**. Der geringe Abbau von Ungleichheiten sowie subjektive Erfahrungen, führt zu Unterschieden.	Erfahrungen aus dem Transformationsprozess und aus der Zeit nach der Transformation verbinden sich mit dem Gefühl **geringer Anerkennung** und Abwertung der Ost- durch die Westdeutschen. Es bildet sich eine eigene (ostdeutsche) **Identität** aus, die im Gegensatz zur „West-Identität“ steht.	**Wertorientierungen**, die in der Periode der DDR gewonnen wurden, bedingen Differenzen in den gegenwärtigen politischen Einstellungen.
Empirische Effekte in Regressionsanalysen			
Starker Effekt der Einschätzung der ökonomischen Lage	Mittlerer Effekt der Einschätzung, nicht den gerechten Anteil am Lebensstandard zu erhalten.	Kleinere bis mittlere Effekte von Indikatoren einer Ostidentität auf die Demokratiezufriedenheit.	Keine Effekte der Sozialismusidee auf Demokratiezufriedenheit oder andere Indikatoren der politischen Kultur.

Abb. 2 Erklärungsmöglichkeiten für eine „Mauer in den Köpfen“. Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Pickel (1998, S. 159, 174, 2012, S. 145, 2015, S. 143–145)

gegenüber anderen – speziell Westdeutschen – benachteiligt zu werden. Ostdeutsche fühlen sich von Westdeutschen ungerecht behandelt und, so der Fachterminus, relativ depriviert. Hat man nicht im Transformationsprozess „die Ostdeutschen“ übers Ohr gehauen und sieht man nicht auch heute noch die Benachteiligung „der Ostdeutschen“? Diese Erklärung liegt bereits nahe an der Identitätshypothese (Pollack und Pickel 1998). Bei den Ostdeutschen verfestigt sich im Zuge der Transformation und einer teils patriarchalen Belehrung durch „die Westdeutschen“ ein Gefühl mangelnder innerdeutscher Anerkennung und der Abwertung. Die „Besserwessis“ arbeiten darauf hin, dass das, worauf man in den Zeiten der DDR noch stolz war, heute völlig entwertet wird (Enders et al. 2016; Mau 2019). Egal ob man es nun „Lebensleistung“ nennt, bei nicht wenigen Ostdeutschen verdichtet sich über Jahrzehnte der Eindruck einer kollektiven Abwertung sowie Eigeneinschätzung als Bürger:innen zweiter Klasse in Deutschland. Dazu benötigt man nicht einmal eigene Negativerfahrungen, es reicht aus, negative Erfahrungen aus der Transformation bei Bekannten und Verwandten miterleben zu müssen. Dies mündet letztendlich in einer kollektiven Abgrenzung und der Entwicklung einer eigenen Ostidentität, welche die eigene Aufwertung durch Abgrenzung zum „Westen“ zu erzeugen versucht.

Nun sind dies theoretisch-konzeptionelle Modelle. Davon abgesehen, dass sie einen Vorteil gegenüber in diesem Gebiet sehr beliebten Ad-Hoc-Erklärungen besitzen, bedürfen sie der empirischen Überprüfung zur Entscheidung, welche Annahmen die Differenzen der politischen Unterstützung zwischen Ost- und Westdeutschland erklären können. Ein Zugang sind *Regressionsmodelle* zur Erklärung eines zentralen Indikators, der Demokratiezufriedenheit. In den Modellen zeigen verschiedene Faktoren eine statistische Wirkung: Die stärkste besitzt die Einschätzung der Wirt-

schaftslage der Bundesrepublik (nicht die individuelle persönliche Wirtschaftssituation). Schätzt man die Wirtschaftslage als gut ein, dann unterstützt man mit hoher Wahrscheinlichkeit die aktuelle Demokratie. Gegenteiliges ist der Fall, wenn das Gefühl besteht, nicht den gerechten Anteil am deutschen Lebensstandard zu erhalten – ein Indikator der relativen Deprivation. Fragen zur Identitätseinschätzung, eine Haltung, zu der wenige reliable empirische Daten vorliegen, haben ebenfalls einen, wenn auch begrenzten, Effekt. Die Befürwortung der Idee des Sozialismus als Indikator der Sozialisationshypothese, besitzt allerdings keine signifikante Wirkung auf die Demokratiezufriedenheit. Andere Faktoren sind ohne Effekt, sieht man einmal von autoritären Einstellungen und einer Ablehnung einer pluralistischen Gesellschaft ab.

Somit erklärt eine sozialistische Nostalgie in keiner Weise Unterschiede in der Demokratiezufriedenheit zwischen Ost- und Westdeutschland. Und dies, obwohl die Zustimmung zur Idee des Sozialismus in Ostdeutschland zwischen 1991 und 2018 (Allbus) fast unverändert ca. 70 % erreichte und damit konsistent 30 %-Punkte über den 40 % Zustimmung in Westdeutschland liegt (Abb. 3). Die Haltung zur Idee des Sozialismus ist heute (anders als z. B. 1991) ohne Relevanz für die Haltung zur gegenwärtigen Demokratie oder zum Vertrauen in politische Institutionen.

Umgekehrt, und anders als von der Situationshypothese vermutet, sieht es mit der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage im Bundesgebiet und der persönlichen wirtschaftlichen Lage aus. Sie ist für die Demokratiezufriedenheit der stärkste Erklärungsfaktor. Allerdings unterschieden sich beide Einschätzungen zwischen West- und Ostdeutschland bereits seit einigen Jahren kaum mehr. Fast 70 % der Ostdeutschen sehen ihre wirtschaftliche Situation 2018 als gut an, was nur unwesentlich unter der Einschätzung in Westdeutschland liegt (Abb. 4). Im Gegenteil, die Ostdeutschen machten alle Krisen und die wirtschaftlichen Erfolge gemeinsam mit den Westdeutschen durch – und beurteilten diese ähnlich. Aufgrund dieser Konvergenz der Einschätzungen kann daraus kein Unterschied in der politischen Kultur zwischen Ost- und Westdeutschen resultieren.

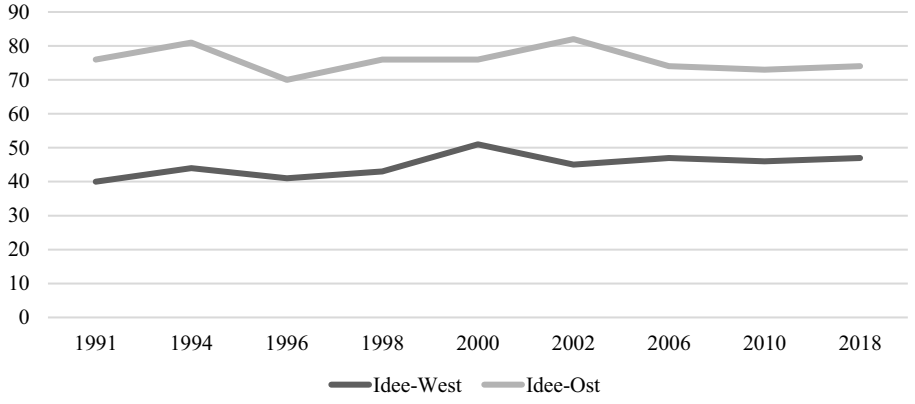

Abb. 3 Einschätzung Idee des Sozialismus 1990–2019. Quelle: Eigene Berechnungen; Allbus 1991–2018; Einschätzung „Idee des Sozialismus ist gut, wurde nur schlecht ausgeführt“

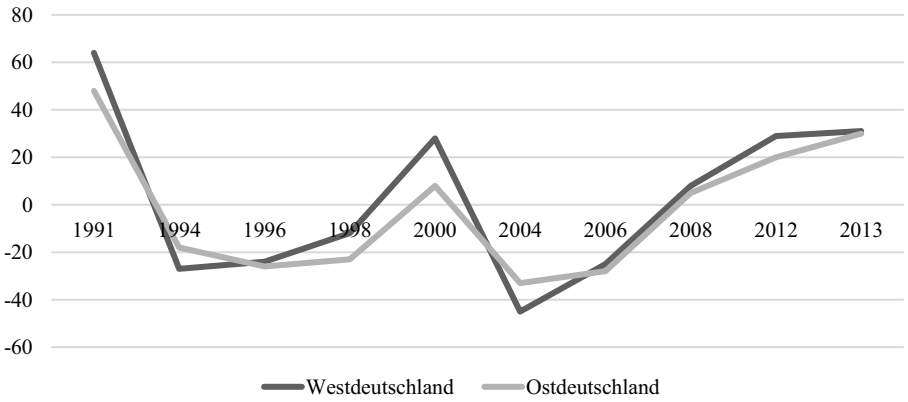

Abb. 4 Einschätzung der Wirtschaftslage im Bundegebiet 1990–2019. Quelle: Eigene Berechnungen; Allbus 1991–2018; Ausgewiesen Differenzindikator = Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage: sehr gut oder gut abgezogen Antworten schlecht, sehr schlecht

Wenn weder die Sozialisation noch die wirtschaftliche Situation der Auslöser ist, was führt dann zu den innerdeutschen Differenzen in der Demokratiezufriedenheit? Ein Grund ist die relative Deprivation. Während 2018 in Westdeutschland 35 % der Bürger:innen davon ausgehen, weniger oder sehr viel weniger als den gerechten Anteil am Lebensstandard zu erhalten, liegt diese Gruppe in Ostdeutschland über die letzten 25 Jahre bei 55–60 % (Pickel 2012, S. 149–150; Abb. 5). Viele Ostdeutsche sind also mit ihrer gegenwärtigen ökonomischen Situation zufrieden, haben aber das Gefühl als „Ostdeutsche“ gegenüber ihren westdeutschen Mitbürger:innen kollektiv benachteiligt zu werden. Dieses Gefühl besteht bereits seit längerer Zeit und ist bei vielen ostdeutschen Bürger:innen tief verankert.

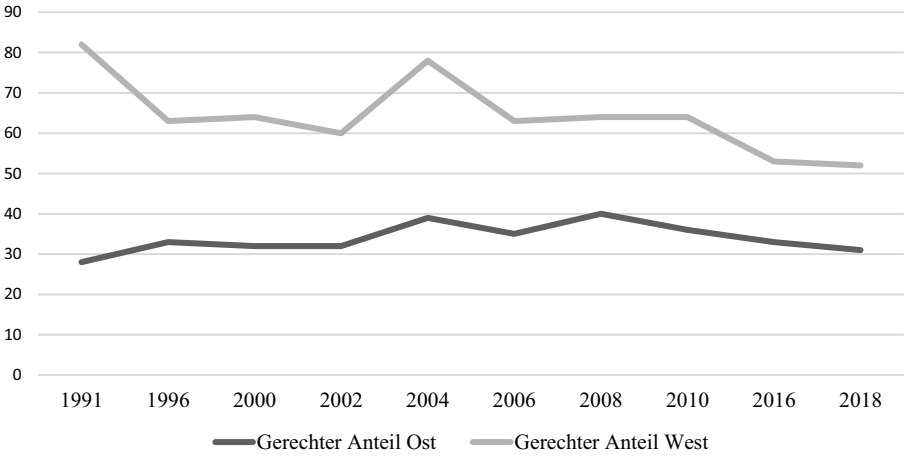

Abb. 5 Gerechter Anteil am Lebensstandard 1990–2019. Quelle: Eigene Berechnungen; Allbus 1991–2018; Gerechter Anteil = „Erhalte den gerechten Anteil am Lebensstandard“/abgebildet = mehr oder gerechter Anteil; Referenzkategorien sind „erhalte weniger“ oder „sehr viel weniger als den gerechten Anteil“

Hinzu besteht bei vielen Ostdeutschen der Eindruck einer Abwertung und Geringschätzung durch die Westdeutschen. 2018 sagen z. B. über 60 % der Sachsen, sie sehen sich als Ostdeutsche in Deutschland als Bürger:innen zweiter Klasse (Sächsische Zeitung 2018, S. 1–2). Ähnliche Werte finden sich in bundesweiten Umfragen (57 % im Einheitsbericht 2019; ca. 70 % bei Umfragen von Emnid 2000–2010). Hier öffnet sich eine *Identitätsdifferenz*, die sich aus einer Mischung aus Emotionen, Transformationserfahrungen und beobachtbaren Ungleichheiten zusammensetzt. Die Ostdeutschen sehen sich nicht persönlich als Verlierer:innen der Wiedervereinigung (gerade einmal 20 %; Sachsen-Monitor 2016–2018); sie sehen sich im Kollektiv als benachteiligte Identitätsgruppe.

4 Fazit: Keine Mauer in den Köpfen, aber Gefühl der Ungleichwertigkeit

Die Demokratie besitzt 30 Jahre nach dem Mauerfall eine breite Legitimität in West- wie auch in Ostdeutschland. So wie die Wiedervereinigung 30 Jahre nach ihrer Umsetzung nicht umstritten ist, so ist es auch die Regierungsform der Demokratie nicht. Anders sieht es bei der Beurteilung der gegenwärtigen Demokratie aus. Diese ist in Ostdeutschland seit 1989 immer ungünstiger als in Westdeutschland – und dies gilt auch heute noch. So wie sich weniger Ostdeutsche durch Politiker:innen angemessen vertreten sehen, sind sie gegenüber der Umsetzung des aktuellen demokratischen System kritischer. Vor allem aber bringen sich verfestigende Gefühle der eigenen Ungleichwertigkeit Ostdeutsche häufiger in Distanz zur aktuellen Demokratie. Diese Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sowie die höheren Wahlerfolge der AfD in Ostdeutschland resultieren nicht aus persönlicher sozioökonomischer Unzufriedenheit. Es sind die Gefühle einer innerdeutschen Benachteiligung des ostdeutschen Kollektivs und einer Nichtanerkennung der Lebensleistung der Ostdeutschen durch die Westdeutschen, das die Differenzen hervorruft. Negative Erfahrungen in der Transformation, Überlieferungen negativer Transformationsfolgen (z. B. in den Familien), Narrative der Benachteiligung und diese bestätigende Alltagsbeobachtungen mangelhafter ostdeutscher Beteiligung an politischen Entscheidungen stärken diese Gefühle nachhaltig (Enders et al. 2016; Hensel 2019; Mau 2019).

Diese Gefühle werden in jüngerer Zeit von Rechtspopulist:innen aufgegriffen und mit kollektiven Abwertungen gegenüber anderen sozialen Gruppen, wie Migrant:innen und Muslim:innen, zu einem „Narrativ des zurückgesetzten Ostdeutschen“ verknüpft und zur eigenen Wahl mobilisiert. Auf kollektive Identitätsdifferenzen zu setzen, ist erfolgreich und argumentativ für Populist*innen gut möglich, verbinden sie doch ein „Wir gegen die die da oben“ und „Wir gegen die anderen“ mit einer Abwertung etablierter politischer Eliten. Das schlechte Bild, das Ostdeutsche von den westdeutschen politischen Eliten haben, ist hier ein guter Anknüpfungspunkt („Wiedervereinigung 2.0“). Diese Entwicklungen zeigen die Virulenz von gewachsenen innerdeutschen Identitätsmauern und von Gefühlen und emotionalen Einschätzungen für die politische Kultur. So fehlt vor allem in Westdeutschland eine Auseinandersetzung mit dem gesamtdeutschen Transformationsprozess und oft die Vermittlung einer Anerkennung der Ostdeutschen. Klar ist nur, „die Politik“ wird

etwas für den Zusammenhalt der beiden Landesteile tun müssen, will man nicht, dass sich in den nächsten zehn Jahren die Unterschiede in der politischen Kultur weiter verschärfen und zu zusätzlichen Polarisierungen in Deutschland führen. Von diesen hat man ja derzeit schon genug.

Funding Open Access funding provided by Projekt DEAL.

Open Access Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de.

Literatur

Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (Allbus) 1991–2018. https://www.gesis.org/allbus/

Almond, Gabriel, und Sidney Verba. 1963. *The civic culture. Political attitudes and democracy in five nations*. Princeton: University Press.

Arzheimer, Kai. 2002. *Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffes.* Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Backes, Uwe, und Steffen Kailitz. 2020. *Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Brähler, Elmar und Oliver Decker (Hrsg.). 2018. *Leipziger Autoritarismus-Studie (LAS) 2018. Flucht ins Autoritäre – Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft.* Gießen: Psychosozial-Verlag.

Decker, Oliver, und Elmar Brähler. 2018. *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*. Gießen: Psychosozial.

Easton, David. 1975. A re-assessment of the concept of political support. *British Journal of Political Science* 5:435–457.

Enders, Judith, Mandy Schulze, und Bianca Ely. 2016. *Wie war das für euch? Die Dritte Generation Ost im Gespräch mit ihren Eltern*. Berlin: CH. Links.

Euroean Social Survey (ESS). 2018. https://www.europeansocialsurvey.org/download.html?file=ESS9DE&c=DE&y=2018. Zugegriffen: 10.07.2020.

European Social Survey (ESS). 2020. https://www.europeansocialsurvey.org/about/country/germany/. Zugegriffen: 10.07.2020.

Fuchs, Dieter, Edeltraut Roller, und Bernhard Wessels. 1997. Die Akzeptanz der Demokratie des vereinten Deutschlands. Oder: Wann ist ein Unterschied ein Unterschied? *Aus Politik und Zeitgeschichte* 51:3–12.

German Longitudinal Election Study (GLES). 2020. https://www.gesis.org/wahlen/gles/. Zugegriffen: 10.07.2020.

Hensel, Jana. 2019. *Wie alles anders bleibt. Geschichten aus Ostdeutschland*. Berlin: Aufbau Verlag.

Köpping, Petra. 2018. *Integriert doch erst mal uns! Eine Streitschrift für den Osten*. Berlin: CH Links.

Körber-Stiftung. 2019. *30 Jahre Fall des Eisernen Vorhangs und 15 Jahre EU-Osterweiterung. August 2019. Tabellenbericht Kantar*. Bielefeld: Körber-Stiftung.

Lipset, Seymour Martin. 1981. *The Political Man: The Social Bases of Politics*. Baltimore: The Johns Hopkins.

Mau, Steffen. 2019. *Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Pickel, Gert. 1998. Eine ostdeutsche „Sonder"-mentalität acht Jahre nach der Vereinigung? Fazit einer Diskussion um Sozialisation und Situation. In *Politische Einheit – Kultureller Zwiespalt? Die Erklärung politischer und demokratischer Einstellungen in Ostdeutschland vor der Bundestagswahl 1998*, Hrsg. Susanne Pickel, Gert Pickel, und Dieter Walz, 157–178. Frankfurt/Main: Peter Lang.

Pickel, Gert. 2002. *Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung?* Opladen: Leske + Budrich.

Pickel, Gert. 2012. Gerechtigkeit und Politik in der deutschen Bevölkerung. Die Folgen der Wahrnehmung von Gerechtigkeit für die politische Kultur in Deutschland. In *Was ist Gerechtigkeit? Befunde im vereinten Deutschland*, Hrsg. Michael Borchard, Thomas Schrapel, und Bernhard Vogel, 135–172. Weimar: Böhlau.

Pickel, Gert. 2015. Neue Entwicklungen der politischen Kultur. Politische Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland. Neue Krisenerscheinungen oder doch alles beim Alten? In *Standortbestimmung Deutschland*, Hrsg. Marianne Kneuer, Carlo Massala, 141–179. Baden-Baden: Nomos.

Pickel, Susanne. 2019. Die Wahl der AfD. Frustration, Deprivation, Angst oder Wertekonflikt? In *Die Bundestagswahl 2017. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*, Hrsg. Karl-Rudolf Korte, Jan Schoofs, 145–175. Wiesbaden: Springer VS.

Pickel, Susanne, und Gert Pickel. 2006. *Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS.

Pickel, Susanne, und Gert Pickel. 2020. Politische Kultur und Integration. In *Handbuch Integration*, Hrsg. Gert Pickel, Oliver Decker, Steffen Kailitz, Antje Röder, und Julia Schulze-Wessel. Wiesbaden: Springer VS.

Pickel, Susanne, Gert Pickel, und Dieter Walz (Hrsg.). 1998. *Politische Einheit – kultureller Zwiespalt? Die Erklärungen politischer und demokratischer Einstellungen in Ostdeutschland vor der Bundestagswahl 1998*. Frankfurt/Main: Peter Lang.

Pollack, Detlef. 1997. Das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung: der Wandel der Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft in Ostdeutschland. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B13:3–14.

Pollack, Detlef. 2000. Wirtschaftlicher, sozialer und mentaler Wandel in Ostdeutschland. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B40:13–21.

Pollack, Detlef, und Gert Pickel. 1998. Die ostdeutsche Identität – Erbe des DDR-Sozialismus oder Produkt der Wiedervereinigung? Die Einstellung der Ostdeutschen zu sozialer Ungleichheit und Demokratie. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B41–42:9–23.

Sächsische Zeitung, 29.1.2018, Jeder zweite Sachse fühlt sich benachteiligt: 1–2.

Veen, Hans Joachim. 1997. Innere Einheit – aber wo liegt sie? Eine Bestandsaufnahme im siebten Jahr nach der Wiedervereinigung Deutschlands. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B40–41:19–28.

Walz, Dieter, und Wolfram Brunner. 1998. "It's the economy, stupid!" – Revisited. Die Ostdeutschen als Bürger zweiter Klasse? – Benachteiligungsgefühle in Ostdeutschland vor der Bundestagswahl 1998. In *Politische Einheit – Kultureller Zwiespalt? Die Erklärung politischer und demokratischer Einstellungen in Ostdeutschland vor der Bundestagswahl*, Hrsg. Susanne Pickel, Gert Pickel, und Dieter Walz, 113–130. Frankfurt/Main: Peter Lang.

World Values Survey (WVS). 2020. http://www.worldvaluessurvey.org. Zugegriffen: 10.07.2020.